

Über die Dialektik von Solidarität und Selbstbestimmung. Frauen in geteilten Welten

Akashe-Böhme, Farideh

1994

<https://doi.org/10.25595/687>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Akashe-Böhme, Farideh: *Über die Dialektik von Solidarität und Selbstbestimmung. Frauen in geteilten Welten*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 12 (1994) Nr: 1, 91-98. DOI: <https://doi.org/10.25595/687>.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.1515/fs-1994-0110>

Diskussion

Farideh Akashe-Böhme

Über die Dialektik von Solidarität und Selbstbestimmung. Frauen in geteilten Welten

Frauensolidarität ist nicht selbstverständlich

Es schien einmal so, als sei die Sache der Frauen etwas Internationales, als sei das Ziel der Frauenbewegung kulturell unabhängig. Sehen wir das auch heute so? Die Frage, von der ich ausgehen möchte, lautet: Gibt es eine ungeteilte Sache der Frauen, die Emanzipation heißt und sich weltweit als Ausbruch aus männlicher Bevormundung und Herrschaft versteht? Das Bild ist heute vielfältiger geworden und widersprüchlicher. Was von den einen Frauen als Aufforderung zur Emanzipation verstanden wird, kann bei den anderen als kulturelle Bevormundung ankommen. Was in der einen Gesellschaft für Frauen eine Verweigerung von Öffentlichkeit ist, kann in der anderen Gesellschaft von anderen Frauen als Schutz *vor* Öffentlichkeit gesucht werden. So bei den religiös bestimmten Kleidersitten und Normen des Alltags.

Beim Krieg ist es nicht anders: Natürlich sind es die Frauen und ihre Kinder, die am meisten am Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien leiden. Aber gibt es irgendwo einen gemeinsamen Widerstand gegen diesen Krieg quer zu den Fronten? Nein, im Gegenteil, wir sehen Frauen selbst zu den Waffen greifen, um sich gegen die Übel und Greuelaten zu verteidigen, die jeweils nur auf der anderen Seite gesehen werden. Die kriegerische Zerrissenheit der Welt trennt auch die Frauen. Ist es etwa in der Ökonomie besser? Ist der Gegensatz von arm und reich, von Nord und Süd nicht einer, an dem die Frauen teilhaben wie die Männer, vielmehr noch: ihn mitproduzieren? Sind nicht die Frauen, die noch immer den Großteil des Alltagskonsums in der Hand haben, mitverantwortlich für die Ausbeutung ihrer Schwestern in der 3. Welt? Es gibt eben arme und reiche Frauen.

Und schließlich: Es gibt auch einheimische und ausländische Frauen. Keine internationale Frauensolidarität hat in den kritischen Situationen, sei es in Hoyerswerda oder Rostock, die Kluft überbrückt. Im Gegenteil waren es häufig gerade Frauen, die Beifall klatschend dabeistanden, und es waren Frauen, die Sauberkeit über menschliche Solidarität stellten. Im Alltag nicht anders: In den Bussen und Bahnen, am Arbeitsplatz und beim Einkaufen sind es häufig gerade die Frauen, die die Nase rümpfen und abfällige Bemerkungen machen. Frauensolidarität ist eben nicht selbstverständ-

lich, und wir kommen zu ihr nicht, ohne die Probleme zunächst als partikuläre ernst zu nehmen, um *dann* aber zu sehen, in welcher Weise Frauen als Frauen besonders betroffen sind.

Die Gegenwartsprobleme der Frauen

Ich will versuchen, kurz an die wichtigsten Gegenwartsprobleme zu erinnern.

Also wie steht es mit der Emanzipation? Faktisch ist viel erreicht, und auf formaler und rechtlicher Ebene kann man bei den fortgeschrittenen Industrienationen zufrieden sein. Aber was die Frauen für sich erkämpft haben, hatte auch seine ökonomische Rationalität. Die Mobilisierung der weiblichen Erwerbstätigkeit entsprach der hohen Nachfrage nach Arbeitskraft und die Mobilität, d. h. die Unabhängigkeit von regionalen und familiären Banden der erwünschten Flexibilität dieser Arbeitskraft. In dem Moment aber, wo Arbeit knapp wird, sind es Frauen, die als erste nach Hause geschickt werden. Das hat sich aktuell vor allem in den neuen Bundesländern gezeigt, in denen zu DDR-Zeiten die faktische Gleichstellung der Frau gerade im Arbeitssektor am weitesten gediehen war. Und in dem Moment, wo bei leeren öffentlichen Kassen die sozialen Dienstleistungen zurückgeschraubt werden, erleben wir eine ideologische Aufwertung der Familie, der Heimpflege und Nachbarschaftshilfe.

Die Verunsicherungen und die Zukunftsängste fördern auch hierzulande den Fundamentalismus und lassen nicht wenige Frauen wieder Schutz suchen in familiären und religiösen Bindungen. Diese Erfahrungen in Europa lassen am hiesigen System Zweifel aufkommen und geben Anlaß dazu, zunächst einmal auf das zu hören, was Frauen, sei es aus Marokko, sei es aus Ägypten sagen, bevor sie nach den Maßstäben und dem Fortschrittsdenken in der Tradition der europäischen Aufklärung beurteilt werden. Gerade die Forderung nach Selbstbestimmung der Frauen in den Ländern der 3. Welt muß dazu führen, daß man

auch kulturell anders bestimmte Entwicklungslinien zuläßt. Aber dennoch gibt es hier ein Problem. Unzählige Frauen im Iran, Ägypten, Algerien waren bereits auf einem Weg zu Lebensformen, die hier modern genannt werden, und sie werden aufgrund der politischen Entwicklungen in diesen Ländern jetzt um so spürbarer unterdrückt. Und was sie erleiden, gilt hier nicht einmal als Asylgrund. Die Frage, inwiefern die Forderungen der europäischen Emanzipationsbewegung auf andere Kulturen und Nationen übertragen werden können, erweist sich als ambivalent. Indem man aus europäischer Sicht die Erfahrungen verschiedener Gruppen von Frauen der 3. Welt interpretiert, werden die Unterschiede der Erfahrungen und Lebenskonzepte ausgeblendet; dies würde bedeuten, daß sie eine homogene soziale Gruppe sind, also 3. Welt-Frauen, die charakterisiert werden durch Stereotype wie Unterwürfigkeit, Traditionalität usw. Die westlichen Feministinnen produzieren ein einheitliches Bild der 3. Welt-Frau, das willkürlich entworfen zu sein scheint. Es ist eine eher verkürzte und homogene Vorstellung. Die Homogenität der Frauen als Gruppe ist aber ein fiktives Konstrukt, das unterstellt, daß sie alle Opfer einer ebenfalls fiktiven homogenen Gruppe, nämlich der »Männer« und deren Gewalt sind. Es wird unterstellt, daß die 3. Welt-Frau ein sehr traditionelles und eingeschränktes Leben führt. Daß sie dumm, arm, ungebildet, häuslich und familienorientiert ist. Es gibt ein Schema in Arbeiten westlicher Feministinnen über die 3. Welt-Frauen, das in etwa so aussieht: Sie sind Opfer roher männlicher Gewalt, sie sind universell Abhängige, sie sind familienorientiert und Opfer religiöser Ideologien. So schreiben z. B. Benard/Schlaffer (1984, S. 132 f.) in ihrem Buch »Die Grenzen des Geschlechts«: »Die islamische Öffentlichkeit ist eine Welt der Männer ... Die wenigen Frauen, die man auf der Straße sieht, zeigen durch Haltung und Kleidung, ihren hastig geduckten Gang, daß sie eigentlich nicht hierhergehören ...« Das ist eine Beobachtung von außen und mag phänome-

nologisch stimmen, aber die Autorinnen fragen gar nicht, was die Frauen dabei denken und wie sie sich zu dieser Situation stellen. Ein anderes Beispiel: »Wer mit türkischen Familien zu tun hat, ... der erlebt, daß diese Begegnung nur mit den Männern stattfindet. Die Frauen mögen körperlich anwesend sein, sie bleiben sprachlose Kulisse ... Die Bedingungen, unter denen sie aufgewachsen sind, mit denen sie ausgerüstet wurden, die Familienverhältnisse, denen sie sich zuordnen – das ganze Wertesystem dieser Frauen stammt aus einer Welt, die dreitausend Kilometer und mehrere Kulturrevolutionen von uns entfernt liegt« (Baumgartner-Karabak/Landesberger 1978, 1 ff.). Hier wäre ähnliches zu kritisieren wie bei Benard/Schlaffer. Darüber hinaus bringen die Autorinnen aber noch ein eurozentristisches Vorurteil zum Ausdruck, nach dem die Angehörigen anderer Kulturen um »mehrere Kulturrevolutionen« hinter der europäischen Entwicklung herhinken. Ähnlich pauschalisierend verfahren Alice Schwarzer und Ursula Ott in »Emma« oder auch Karin König in ihrem Buch »Tschador«.

Dies Bild steht im Gegensatz zu dem impliziten Selbstbild der westlichen Frauen als modern, gebildet, autonom, eben emanzipiert (vgl. Talpade Mohanty). Dieser Unterschied zwischen der Fremddarstellung von Frauen in der 3. Welt durch westliche Feministinnen und ihrem eigenen Selbstverständnis ergibt sich auf der Basis, daß eine bestimmte Gruppe als Norm oder Wertmaßstab privilegiert wird. Die 3. Welt-Frau fungiert als eine Negativfolie für die Konstruktion der europäischen Weiblichkeit, und der despotische islamische Mann dient den europäischen Männern als Negativfolie, um den eigenen emanzipierten Umgang mit Frauen unter Beweis zu stellen. Hier der grausame, islamische Patriarch, dort der moderne, westliche, d.h. zivilisierte Europäer (vgl. Lutz 1992 u. 1993).

Die Selbstbilder der westlichen Emanzipation benötigen offensichtlich die tägliche Rekonstruktion der Unterdrückung und

Rückschrittlichkeit islamischer Männer und Frauen. Es scheint, daß Araber und Moslems sich seit dem Propheten Mohammed nicht geändert haben, sie befinden sich, sozusagen, »außerhalb der Geschichte« (vgl. Mohanty; Lutz). Ohne die besonderen historischen, materiellen und ideologischen Machtstrukturen arabischer und moslemischer Gesellschaften zu analysieren, von einem universell anerkannten Frauenbild zu sprechen, heißt, die komplexe Interaktion zwischen Klasse, Kultur, Religion und anderen ideologischen Institutionen und Strukturen zu ignorieren. Sicher gibt es auch in diesen Ländern Emanzipationsbedürfnisse, sie sind aber eben nicht auf den Westen zugeschnitten. Tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und politische Umgestaltungen sind vonnöten, um in den jeweiligen Ländern eine *eigene* emanzipatorische, auf der Grundlage *ihrer* Geschichte und Kultur sich vollziehende Entwicklung zu ermöglichen. Denn es ist eine Tatsache, daß die Ursache der Unterdrückung der Frauen letztlich in den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelt. Daß die Wähler und Wählerinnen von Fundamentalisten in Algerien vor allem die Frauen der verelendeten Vorstädte waren, die wie ihre Männer für die FIS (Front Islamique du Salut) votiert haben, mag ökonomische Ursachen für die Zunahme des Fundamentalismus belegen. Den verarmten und verelendeten Frauen ist es zunächst egal, ob sie einen Schleier tragen müssen, ebenso die Frage der Gleichberechtigung, solange sie tagtäglich gegen Hungersnot und Obdachlosigkeit ihre Kräfte einsetzen müssen. Die Fundamentalisten versuchen ihrerseits glaubhaft zu machen, daß die Ursachen der Wirtschaftskrise in der Abweichung vom Islam lägen. Je schlechter die Wirtschaftslage, desto mehr Zunahme ihrer Anhängerschaft. Selbst viele ausgebildete Akademikerinnen haben sich wieder mit dem biologistischen Weltbild versöhnt, das den Geschlechtern verschiedene Rollen im Leben zuweist. Jeder Fortschritt soll ein Fortschritt im Islam sein und nicht gegen den Islam. Fatima Mernissi und einige an-

dere Theoretikerinnen versuchen, den Koran textegetisch auf seine frauenfreundlichen Seiten hin neu zu lesen und agieren innerhalb des Islam für eine Frauenemanzipation. Ein atheistischer Feminismus hat in diesen Ländern keine Chance, gehört und befolgt zu werden.

Aber diese Probleme wirken vergleichsweise klein, wenn wir das Leiden betrachten, das Frauen in aller Welt gegenwärtig durch Krieg auf sich nehmen müssen. Für einen kurzen Atemzug, nach dem Abbau des Ost-West-Konflikts konnte man glauben, nun in eine friedliche Welt hineinzugehen. Im zweiten Atemzug wurde uns dann die neue Weltordnung, stabilisiert durch amerikanische Eingreifpolizei, versprochen. Und schon der erste Fall führte durch Operationen, die sich gegen zentrale Versorgungseinrichtungen richteten, zu hunderttausendfachem Tod in der Zivilbevölkerung. Auf diese Weise wurde der Krieg der Männer, in bestimmten Phasen geradezu archaisch stilisiert zum Kriege zweier Männer – Bush gegen Saddam Hussein, ein Krieg, dessen Opfer vor allem Frauen und Kinder waren. Auch bei den anderen Kriegen, in denen man jetzt an vielen Stellen der Welt glaubt, noch jede ethnische Differenz gewaltsam austragen zu müssen, werden die Frauen und die Kinder wieder zum Objekt der Geschichte.

Mehr als drei Viertel der Flüchtlinge in aller Welt sind Frauen und Kinder, sie flüchten vor Krieg und Hunger und vor politischer Verfolgung. Dabei lassen sich die geschlechtsspezifischen Fluchtmotive mit den in der Genfer Konvention von 1959 genannten Verfolgungsgründen nur unzureichend erfassen: Vergewaltigungen im Rahmen von politischen oder militärischen Operationen sowie sexuelle Folterungen, die oft gezielt gegen politisch aktive Frauen oder weibliche Angehörige politisch aktiver Männer eingesetzt werden.

Wenden wir uns zur Ökonomie. Es ist wahr, daß wir uns hier in den westlichen Industrienationen in Verschwendungsökonomien aufhalten und daß der Reichtum dieser Nationen unter anderem auf der Aus-

beutung der 3. Welt beruht. Aber heißt das denn, daß die Menschen hier ein sorgloses und auch nur in den wichtigsten Bedürfnissen befriedigtes Leben führen? Das heißt es nicht. Im Gegenteil erleben wir in allen diesen Industrienationen, Amerika vorneweg, eine Welle von neuer Armut, Analphabetismus, medizinischer Unterversorgung. Wir erleben in allen westlichen Industrienationen gegenwärtig einen Abbau des Sozialstaates, und das sogar in Schweden, aber auch hier in der Bundesrepublik Deutschland. Und weil es hier um elementare Bedürfnisse und die Sicherung des Alltagslebens geht, sind die Frauen in erster Linie betroffen.

Die ökonomische Lage ist für den Durchschnittsbürger in der BRD heute zweifellos angespannt, und das gilt noch in höherem Maße für die neuen Bundesländer. Ängste machen sich breit, und die längst überfällige Einschränkung der Bedürfnisse will nicht in die Köpfe. Das um so weniger, als die öffentliche Hand seit Jahren eine riskante Verschwendungs- und Kreditpolitik vorexerziert. In den neuen Bundesländern geht es dabei nicht einmal um die Einschränkung gewohnter Bedürfnisse, sondern um die Nichterfüllung von Bedürfnissen, die gerade erst mit großem politischem Pomp geweckt wurden. Und zu allem Unglück steigen auch wieder die Arbeitslosenzahlen, die immerhin vorübergehend zurückgegangen waren. Aber gibt diese angespannte Lage einen Erklärungsgrund oder gar eine Legitimationsbasis für die Ausländerfeindlichkeit in diesem Lande? Konnte unter dem Vorwand, die Arbeiter und Jugendlichen litten unter der ökonomischen Krise, Rassismus gegenüber den Migrantinnen toleriert werden?

Um dieses Problem ernst zu nehmen, kommt es darauf an, es auch als eigenständiges Problem zu erkennen und nicht bloß als Symptom für etwas anderes anzusehen. Wir würden damit nur den Ablenkungsmanövern der Politik entsprechen, die nämlich umgekehrt das sogenannte Asylproblem hochgespielt hat, um von anderen Problemen abzulenken. Daß das »Ausländerpro-

blem« tatsächlich ein eigenständiges Problem ist, hat der Asylkompromiß selbst offenbart. Während nämlich ein Zuzug von 200000 Volksdeutschen aus dem Osten für verkraftbar gehalten wird, soll Asylsuchenden praktisch der Weg in die BRD unmöglich gemacht werden. Die BRD umgibt sich mit einem Ring von sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, aus denen asylsuchend einzureisen als unbegründet gilt.

Der Kern dieses Problems ist also doch die Beziehung des Eigenen und des Fremden. Das wird noch deutlicher, wenn man noch einmal die besondere Regelung der Zuwanderung von Volksdeutschen aus dem Osten ins Auge faßt. Dann tritt das völkische Element am Asylkompromiß heraus. Und dann wird auch deutlich, daß das Asylproblem im Grunde nur unter aktuellen Bedingungen hat zum Ausbruch kommen lassen, was Jahrzehnte vorher verdrängt wurde. Die Deutschen haben auch ganz ohne das, was man heute »Bevölkerungsdruck« und »Migrationsflut« nennt, Millionen von Menschen ins Land geholt. Und diese Millionen Ausländer, Fremdarbeiter, Gastarbeiter, ausländische Mitbürger, wie immer man sie auch nennt, sind eben nicht oder nur zum Teil integriert worden. Fremd waren sie, und Fremde sollten sie bleiben. Diese Unfähigkeit, mit dem Fremden umzugehen, die sich noch harmlos in Taktlosigkeit oder Vereinnahmung äußert und ganz und gar nicht harmlos zum Rassismus werden kann, ist das eigentliche Problem. Die Unfähigkeit mit dem Fremden umzugehen, äußert sich in positiver, aber ebenso wenig harmloser Form als Schwärmerei für das Fremde. Die exotistische Zuwendung zum Fremden in Werbung und Tourismus ist ebenso unfähig, den ethnisch oder kulturell anders bestimmten Menschen in seiner Eigenständigkeit anzuerkennen wie der Rassismus. Der Zusammenhang von beidem, daß es sich um zwei Seiten einer Medaille handelt, wird deutlich im Sextourismus und dem Frauenhandel. An dieser Stelle sehen wir, daß auch von diesem Problem, der Beziehung der Deutschen zu dem Fremden, die Frauen im

besonderen Maße betroffen sind. Auch von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit sind Frauen im besonderen Maße betroffen, denn ihre Rechte hier sind häufig vom Status ihrer Männer abhängig.

Wenn wir uns auch nur skizzenhaft die Gegenwartsprobleme vor Augen führen, zeichnet sich ab, daß vielfach die Frauen als Frauen von ihnen im besonderen Maße betroffen sind. Aber mit dieser Einsicht könnte sich auch etwas anderes einstellen, nämlich das Gefühl der Ohnmacht, das Gefühl, daß die genannten Probleme gerade die Reichweite von denen überschreiten, die von ihnen am meisten betroffen sind, nämlich der Frauen. Ist es wirklich so oder gibt es Handlungsperspektiven?

Handlungsperspektiven für die hiesigen Probleme

Da es sich jetzt um konkrete Perspektiven handelt, möchte ich mich auf *einen* der genannten Problembereiche konzentrieren, und zwar werde ich auf die Stellung der Ausländer in der BRD und dabei insbesondere auf die ausländischen Frauen eingehen. Dazu habe ich leider besonderen Anlaß. Nach den Greueln von Hoyerswerder bis Mölln hatte sich eine breite Solidaritätsbewegung entwickelt, die Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit entgegentrat. Ein sichtbares Zeichen fand diese Bewegung in den Lichterketten fast aller großen deutschen Städte. Man konnte die Hoffnung haben, daß damit auch ein Stimmungsumschwung in der breiten Bevölkerung eingeleitet würde. Diese Hoffnung ist durch Solingen und die seither nicht abreißende Serie von Brandanschlägen endgültig zerstört. Die Änderung des Grundgesetzes, mit der die Parteien hofften, die BRD zu »befrieden«, hat das Gegenteil bewiesen. Um so mehr gilt es, klar zu formulieren, welche Forderungen von einer wirklich demokratischen Ausländerpolitik aufgestellt werden müssen.

1. Frauenspezifische Unterdrückung und Verfolgung müssen als Asylgrund an-

erkannt werden. Es ist ein Skandal, daß kriegsbedingte Vergewaltigungen bisher nicht als Kriegsverbrechen gelten und in der Haager Landkriegsordnung nicht erwähnt werden. Alles Reden von Menschenrechten und Empörung über die Massenvergewaltigung im ehemaligen Jugoslawien sind Heuchelei, wenn daraus nicht konkrete Konsequenzen in der Flüchtlingspolitik folgen.

2. Die so peinlich umstrittene Neuregelung des Asylrechts wäre gar nicht nötig, wenn es eine geregelte Zuwanderung in die BRD auf der Basis eines Einwanderungsgesetzes gäbe. Durch die Schaffung eines solchen Einwanderungsgesetzes muß zugleich der Status der hier seit Jahrzehnten lebenden Ausländer der zweiten und dritten Generation geändert werden. Und das ist Sache der Deutschen, und zwar nicht nur, weil sie allein hier politisch agieren können, sondern auch, weil sie ihre Probleme mit der Fremdheit nur dann lösen können, wenn sie ihr Selbstbewußtsein nicht länger über eine völkische Zugehörigkeit definieren. Das für sehr viele Deutsche noch immer Unfaßbare, daß es schwarze Deutsche, jüdische Deutsche, moslemische Deutsche geben kann, wird erst dann zu etwas Selbstverständlichem werden, wenn sich die Zugehörigkeit zu den Deutschen nicht mehr aus der Blutsverwandtschaft herleitet. Kann man sich denn hier nicht vorstellen, was für Amerika selbstverständlich ist, daß man Deutsche ist, weil man in Deutschland geboren ist? Die rechtlichen Änderungen, die hier notwendig sind, liegen auf der Hand. Durch sie würde nicht schon das Ideal einer multikulturellen Gesellschaft erreicht, wohl aber eine unabdingbare Voraussetzung dafür geschaffen. Ohne sie wird der sogenannte Tag der »ausländischen Mitbürger« bleiben, was er immer war, ein Tag der Folklore.

3. Solange noch nicht durch einen historischen Einschnitt, nämlich eine Masseneinbürgerung, die faktische, nämlich die ökonomische Integration der Ausländer auch rechtlich vollzogen worden ist, müssen kleinere Schritte unternommen werden.

Einer der wichtigsten davon ist das Wahlrecht für Ausländer, zumindest auf kommunaler Ebene. Schon das erfordert bekanntlich eine Grundgesetzänderung. Es ist zutiefst undemokratisch, auf Dauer einem großen Anteil der Bevölkerung – und es muß betont werden, der steuerzahlenden Bevölkerung, ein Mitspracherecht bei der Regelung ihrer Angelegenheiten nicht zuzugestehen.

4. Die damit geforderte rechtliche und politische Integration darf nicht als Forderung nach Assimilation mißverstanden werden. Gerade die Neutralität der Arbeits- und Verkehrsformen in der technischen Zivilisation läßt eine Mannigfaltigkeit kultureller Unterschiede zu. Wenn man diese Forderung akzeptiert, dann stellt sich die Frage, wodurch die Gesellschaft trotz der Differenzierung in mehrere Kulturen eine Gesellschaft bleibt. Die zweite Frage, die sich stellt, ist die, unter welchen Bedingungen verschiedene Kulturen in einer Gesellschaft nicht in ein antagonistisches oder zumindest konkurrenzes Verhältnis geraten. Zunächst zur ersten Frage: es ist klar, daß eine Gesellschaft, jedenfalls die modernen hochintegrierten Gesellschaften, nicht als ein Nebeneinander kultureller Gemeinschaften gedacht werden kann. Schon daran scheitert die These des sogenannten Ethnopluralismus. Aber moderne Gesellschaften sind schon lange nicht mehr über einen gemeinsamen Glauben oder die Orientierung an einem symbolischen Zentrum, beispielsweise dem Königtum, eine Einheit. Die Einheit ist, wie die Soziologen sagen, nicht mechanisch, sondern organisch, d.h. sie kommt durch Vernetzung bzw. funktionale Differenzierung zustande. Das klassische Prinzip dafür war Arbeitsteilung und Markt. Heute kommt die technische Vernetzung hinzu. Auf diesem Hintergrund kann man sagen, daß moderne Gesellschaften und mehr noch moderne Gesellschaften in der technischen Zivilisation die Kultur als integrierenden Faktor nicht mehr brauchen. Natürlich wird man ohne ein Minimum gemeinsamer und anerkannter Werte nicht auskommen. Diese

Werte könnten sich aber durchaus auf die Anerkennung der Menschenrechte und der Rechtsgleichheit beschränken. Unterhalb dieser Schwelle ist dagegen eine große Mannigfaltigkeit von Lebensformen und kulturellen Wertvorstellungen möglich. Die Existenz und das Funktionieren der technischen Zivilisation wird davon nicht berührt. Das heißt, daß gerade die technische Zivilisation die Chance für ein Nebeneinanderbestehen der verschiedenen Kulturen in einer Gesellschaft darstellt. Nun zur zweiten Frage. Sie ist in gewisser Weise eine Konsequenz aus der Beantwortung der ersten Frage. Daß verschiedene Kulturen zueinander in Gegensatz geraten, ist eine Folge davon, daß sie konkurrierende Ansprüche auf menschliche Lebensbereiche stellen. Das ist beispielsweise immer der Fall, wenn etwa Religionsgemeinschaften auch politische Ansprüche stellen. Es wird aber auch dort der Fall sein, wo Arbeits- und Verkehrsformen noch kulturell geprägt sind. Umgekehrt wird man also sagen, daß unterschiedliche Kulturen genau dann in einer Gesellschaft nebeneinander bestehen können, wenn sie solche Ansprüche nicht mehr stellen. Das ist allerdings eine bedeutende Einschränkung gegenüber ihrer traditionellen Funktion. Aber genau diese Einschränkung hat durch das Dominantwerden der technischen Zivilisation stattgefunden. Kultur wird dadurch etwas für den privaten Bereich, für den Sonntag und für den Feierabend. Es ist kein Zweifel, daß das eine bedeutende Abwertung von Kultur und kulturellen Differenzen darstellt. Von der Öffentlichkeit her gesehen, gerät Kultur in die Nähe der Folklore, und sie kann auch von seiten des Individuums als ein Konsumsektor neben anderen wahrgenommen werden. Das muß aber nicht sein. Vielmehr kann von dem Einzelmenschen, seiner Familie und seiner Gemeinde die Zugehörigkeit zu einer besonderen Kultur sehr ernstgenommen werden, wenn er oder sie nur akzeptieren, daß durch diese kulturelle Zugehörigkeit im Rahmen der technischen Zivilisation nur ein Sektor ihres Lebens erfaßt wird. Bei aller Skepsis muß man aber doch

sagen, daß in dieser Entwicklung eine Chance liegt.

Darüber hinaus muß man damit rechnen, daß trotz des Willens, auf Dauer in Deutschland zu leben und rechtlich und politisch ein Deutscher oder eine Deutsche zu sein, viele Ausländer und Ausländerinnen ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft nicht aufgeben können oder aufgeben wollen. Also muß die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft gegeben sein.

Die Veränderungen, die zur Verbesserung der Lage und des Status der Ausländer nötig sind (Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe, Einwanderungsgesetz, Wahlrecht, doppelte Staatsbürgerschaft), all das sind Veränderungen, die die betroffenen Ausländer nicht selbst herbeiführen können. Ihre Lage ist ja gerade derart, daß sie politisch nicht handlungsfähig sind. Die Veränderungen müssen also von den Deutschen und deutscher Politik herbeigeführt werden. Das wird zwar in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse liegen, aber alle, die sich diesen Zielen gemäß einsetzen, handeln doch für den anderen. Das bringt mich zu der eingangs aufgeworfenen Frage nach Solidarität zurück.

Frauensolidarität

Leider kann in der letzten Zeit eine erstaunliche Zerrissenheit beobachtet werden, ein Gruppenegoismus und eine Intoleranz, die in einigen Fällen bereits wieder an Rassismus grenzen. Ich frage mich, woran das liegt. Liegt es an dem Erfolg oder dem Mißerfolg der Frauenbewegung? Es ist nicht erstaunlich, daß in dem Moment, wo für die Sache der Frauen etwas erreicht wird, d.h. wo es einen Kuchen zu verteilen gibt, also z.B. in Frauenförderungsprogrammen, eine Konkurrenz zwischen den Frauen bzw. den verschiedenen Gruppen entsteht. Auf der anderen Seite kann die Zerrissenheit der Bewegung auch mit nachlassender Kraft zusammenhängen, so wie die Studentenbewegung schließlich in eine Menge von Gruppen zerfiel, die miteinander

der im Streit um die rechte Lehre lagen. Und schließlich darf nicht vergessen werden, was ich schon eingangs sagte, daß sich die gesellschaftlichen Antagonismen auch in der Frauenbewegung spiegeln. Solidarität kann nun allerdings auch heißen, Zusammenhalt mit denen, die einem ohnehin nahe sind. Gerade diese Auffassung kann im schlimmsten Chauvinismus und Gruppenegoismus enden. So war aber Solidarität in der Frauenbewegung nicht gemeint. Sie hieß, Anteilnahme an der Lage gerade auch derjenigen, die einem fernstanden. Solidarität hieß, sich einsetzen und kämpfen gegen ein Unrecht, auch gerade, wenn Frau nicht selbst davon betroffen war. Auch in der Vergangenheit war die Einheit, die mit dem »wir Frauen« angesprochen wird, nicht vorzusetzen. Vielmehr mußte sie durch Solidarität mit den anderen Frauen immer erst hergestellt werden. Und das ist auch heute der Fall. Es geht nicht an, sich über die Probleme der 3. Welt hinwegzusetzen mit dem Hinweis, daß wir hier etwa mit der Arbeitslosigkeit oder mit dem Aufbau Ost selbst genug Probleme haben. Es geht nicht an, die Völker fern in der Türkei oder auf dem Balkan oder in Georgien aufeinanderzuschlagen zu sehen, in dem beruhigten Gewissen, daß man hierzulande über den Nationalstaat historisch hinausgewachsen sei.

Solidarität heißt aber auch, die anderen mit ihren Problemen und ihrem Selbstverständnis ernst zu nehmen, selbst wenn wir anderer Meinung sind – das schließt jede tyrannische Fürsorge, Bevormundung und insbesondere Objektivierung der anderen aus. Solidarität ist eben etwas ganz anderes als Mitleid, Solidarität verlangt Arbeit und Selbstüberwindung, und das sollten wir Frauen gegenseitig von uns verlangen.

Literatur

- König, Karin (1990): *Tschador, Ehre und Kulturkonflikte*. Frankfurt/M.
- Lutz, Helma (1992): »Rassismus und Sexismus«, Unterschiede und Gemeinsamkeiten. In: Foitzik, Andreas u. a. (Hrsg.) (1992): *»Ein Herrenvolk von Untertanen«*. Duisburg, S. 57–81.
- Lutz, Helma (1993): Sind wir uns immer noch fremd? – Konstruktionen von Fremdheit in der weißen Frauenbewegung. In: Hügel, Ika u. a. (Hrsg.): *Entfernte Verbindungen: Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*. Berlin 1993.
- Mohanty, Chandra Talpade (1988): Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, H. 23/88, S. 149–163.
- Baumgartner-Karabak, Andrea/Gisela Landsberger (1978): *Die verkauften Bräute*. Reinbek.
- Benard, Cheryl/Edit Schläffer, (1984): *Die Grenzen des Geschlechts*. Reinbek.